Niederschrift zur Sitzung des Bauausschusses der Gemeinde Holm (öffentlich)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 01.03.2018

Sitzungsbeginn: 20:02 Uhr

Sitzungsende: 22:40 Uhr

Ort, Raum: Haus der Gemeinde, Schulstraße 12, 25488 Holm

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Eberhart Hellich	CDU	
Herr Uwe Hüttner	CDU	stv. Vorsitzender
Herr Detlef Kleinwort	CDU	
Herr Jürgen Knauff	CDU	
Herr Maximilian Krause	SPD	
Herr Oliver Ringel	CDU	
Herr Bürgermeister Walter Reißler	CDU	Vorsitzender
Frau Nadine Voswinkel	SPD	
Frau Anke Weidner-Hinkel	CDU	

Außerdem anwesend

Herr Horst Schaper	CDU
Herr Dietmar Voswinkel	SPD
Herr Hubertus Fischer	CDU
Herr Tobias Zeitler	CDU

Protokollführer/-in

Frau Von Wolffersdorff

-
10 Bürger
Frau Angelika Kleinwort
Frau Möller
Herr Stephan Rehder
Herr Willms

Entschuldigt fehlen:

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 15.02.2018 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Bauausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 10. der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

10.2. Neubau eines Wohnhauses, Uetensener Str.1, Holm

10.3. Errichtung eines Mehrfamilienhauses und eines Einfamilienhauses, Achter De Möhl 20, Holm

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
 - 1.1. Mehrgenerationenplatz
 - 1.2. Basballplatz
2. Einwohnerfragestunde
 - 2.1. Löschteich
 - 2.2. Ausgleichsfläche B-Plan
3. Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG; Lärmaktionsplan der Gemeinde Holm: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 0706/2017/HO/BV
4. Festlegung der gemeindlichen Vergaberichtlinien der Gemeinde Holm
hier: Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken im B-Plangebiet Nr. 27
Vorlage: 0711/2018/HO/BV
5. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 28 für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel
Vorlage: 0715/2018/HO/BV
6. Raumplanung Schule / Betreuungsschule
Vorlage: 0716/2018/HO/BV
7. Neubau eines Umkleidehauses neben dem Vereinshaus
8. Gemeinschaftsschule Moorrege - Bestandsanalyse mit Lösungsansätzen
Vorlage: 0713/2018/HO/BV
9. Verschiedenes
 - 9.1. Wegverbindung zw. Arzt und Bushaltestelle

- 9.2. Beleuchtung Zuwegung Arztpraxis
- 9.3. Bushaltestellenbeleuchtung
- 9.4. Werbetafeln Eckgrundstück Twiete/B431
- 9.5. Kletterwand Mehrgenerationenplatz

Protokoll:

zu 1 Mitteilungen

zu 1.1 Mehrgenerationenplatz

Der Vorsitzende berichtet über den Projektstand. Die Genehmigung der Bauprüfbehörde liegt nun vor sowie der Zuwendungsbescheid für Fördermittel. Das Vergabeverfahren für die ausführenden Gewerke ist im Gange, die Ausschreibungen laufen. Baubeginn ist für das Frühjahr geplant.

zu 1.2 Basballplatz

Der Vorsitzende berichtet, dass die Arbeiten im Zeitplan sind. Vorarbeiten wurden durch den TSV erbracht. Für den Einsatz spricht die Gemeindevertretung ihren Dank aus, mit den Worten von Herrn Reißler „da ist Power hinter“. Uwe Denker koordiniert die Arbeiten.

zu 2 Einwohnerfragestunde

zu 2.1 Löschteich

Auf Nachfrage erklärt der Vorsitzende, dass das Betreten der Eisfläche auf eigenes Risiko erlaubt ist.

zu 2.2 Ausgleichsfläche B-Plan

Auf Nachfrage zu Ausgleichsflächen für den aktuellen B-Plan erläutert der Vorsitzende, dass ein Ausgleich über das s.g. Ökokonto, angesiedelt bei der Kreisverwaltung, geschaffen wird. Grundsätzlich ist bei jeder Baugenehmigung der Ausgleich zu prüfen.

**zu 3 Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG; Lärmaktionsplan der Gemeinde Holm: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: 0706/2017/HO/BV**

Der Vorsitzende erläutert den Inhalt der Vorlage. Grundsätzlich wird die B431 als Haupt-Lärmquelle herausgestellt. Die Auflagen sind höher, je näher die Grundstücke an der Straße sind. Auflagen werden in B-Plänen festgeschrieben; der Vollzug erfolgt durch die Bauherren selbst. Auf Nachfragen von Herrn Kleinwort sowie Herrn Voßwinkel zur Berücksichtigung des Lehmwegs, erklärt der Vorsitzende, dass dieser als Lärmquelle eher geringfügig sei zur B431. Die Feststellung als Lärmquelle ist nicht zum Vorteil für Bauherren, sondern führt, wenn dann zu Auflagen. Herr Hüttner bemängelt, dass es keinen Hinweis auf Fördergelder gibt und das der „EU-Wahnsinn“ auf private Bauherren abgewälzt wird. Der Vorsitzende äußert dazu, dass auch die öffentliche Hand z.B. Asphalt, nicht frei von dieser Verordnung ist. Herr Ringel betont, dass diese Information aus dem Lärmaktionsplan für Zuzügler interessant ist.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt/Die Gemeindevertretung beschließt, den beigefügten Entwurf des Lärmaktionsplans der Gemeinde Holm öffentlich auszulegen und die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

**zu 4 Festlegung der gemeindlichen Vergaberichtlinien der Gemeinde Holm hier: Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken im B-Plangebiet Nr. 27
Vorlage: 0711/2018/HO/BV**

Der Vorsitzende erklärt, dass die Richtlinie an die bereits vorhandene angelehnt ist. Änderungen wurden seitens der Verwaltung bereits eingepflegt. Eine Betriebsbeschreibung ist bei Gewerbebetrieb beizufügen.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt/Der Finanzausschuss empfiehlt/ Die Gemeindevertretung beschließt, den vorliegenden gemeindlichen Vergaberichtlinien laut Anlage zuzustimmen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 5 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 28 für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel
Vorlage: 0715/2018/HO/BV

Die SPD Fraktion hat zu Anfang des TOPs einen Antrag vorgelegt. Über diesen wurde nicht beschlossen, da der TOP nach vorläufiger Beratung zurück gestellt wurde. Die Gemeindevertretung äußerte mehrheitlich, dass die Planung sehr kurzfristig und überraschend in den Ausschuss gebracht wurde. Kritik wurde geäußert, dass die geplante Zuwegung einen Unfall-schwerpunkt schafft; der massive Baukörper sich nicht in die nähere Um-ggebung einfügt und in solch präserter Lage sogar das Ortsbild negativ prägt. Es ist mehrheitlich der Eindruck entstanden, dass der Investor, Rehder Wohnungsbau, vornehmlich Interesse an Grundstücksausreizung und Gewinnmaximierung hat. Herr Rehder und sein Architekt, Herr Willms, nahmen Stellung zu der Kritik und präsentierten die Planung sowie deren Beweggründe. Der Vorschlag berücksichtigt das bestehende, ortsprägende Eckgebäudes. Die Gestaltung der Neubaubereiche entsprechend dem Charakter des Ortes, wurde hergeleitet. Zudem werde die Flächenoptimie-rung dem Bedarf an Wohnraum in Holm gerecht. Die Gemeindevertreter kritisierten darüber hinaus, dass eine so prägende und grundstücksaus-lastende Planung kurzfristig vorgelegt wird, ohne mit der Gemeinde zuvor grundsätzlich über eine B-Plan-Aufstellung zu diskutieren. Anschließend erläuterte Frau Möller, von Stadtplaner und Landschaftsarchitekten Möller-Plan, das grundsätzliche Prozedere und die Möglichkeiten der Gemeinde. Demnach hat die Gemeinde nach §34 BGB keine Möglichkeit gestalterisch einzugreifen, solange kein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst wird. Die vorgestellte Planung könnte als Startschuss genutzt wer-den, um darüber zu reden, z.B. Zufahrt, Stellplätze, Aufteilung, etc. Es gibt die Möglichkeit einer Angebotsplanung oder einer vorhabenbezogenen Bebauungsplanung. Dabei können besondere Absprachen im sog. Durch-führungsvertrag geregelt werden. Das BGB sieht grundsätzlich den Schutz von Fläche vor d.h. Verdichtung im Innenbereich. Da Holm im Speckgürtel von Hamburg liegt, hat die Gemeinde diesbezüglich ggf. eine Mehraufgabe zu leisten. Unter Umständen muss der Landesplanungsbehörde schlüssig begründet werden, warum dem nicht so ist. Herr Rehder macht deutlich, dass er gesprächsbereit ist und Planungsänderungen möglich sind. Er wirbt für sein Konzept der Mietswohnungen, mit Wohnungsgrößen von 2-2,5 Zimmer, u.a. in eigener Erfahrung mit ähnlichen Immobilien im Dorf. Herr Rehder bietet seine Teilnahme an den Fraktionssitzungen an. Die Gemeindevertreter wünschen grundsätzlich einen verantwortungsvollen Umgang mit den Strukturen im Dorf. Es wird einvernehmlich besprochen, dass die Vor- und Nachteile eines Bebauungsplanes diskutiert werden müssen u.a. in Zusammenhang mit der erweiterten örtlichen Entwicklung des Dorfkernes. Für den 19.04.2018 wird eine interfraktionelle Versamm-lung mit dem Büro Möller und der Rehder Wohnungsbaugesellschaft ver-einbart. |

Beschluss:

1. Für das Gebiet nördlich der Schulstraße, östlich der Hauptstraße (B431) und südlich der Straße Im Winkel wird ein Bebauungsplan mit der Nummer 28 aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
 - Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes und Erhalt des Ortsbildes Schulstraße 1
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a Baugesetzbuch (Wegfall von zusätzlichen frühzeitigen Beteiligungen).
4. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der grenzüberschreitenden Unterrichtung der Gemeinden und Behörden soll das Planungsbüro Möller aus Wedel beauftragt werden.
5. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB entfällt.
6. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) entfällt.
7. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind vor Durchführung der Beteiligungen nach § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung) und § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange) in den gemeindlichen Gremien zu beraten und beschließen (Entwurfs- und Auslegungsbeschluss).
8. Der Flächennutzungsplan soll gemäß § 13 Abs. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden. Die Darstellung soll von bisher gemischter Baufläche und landwirtschaftlicher Fläche in gemischte Baufläche, Wohnbaufläche und Grünfläche angepasst werden.

zurückgestellt

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 6 Raumplanung Schule / Betreuungsschule
Vorlage: 0716/2018/HO/BV

Der Vorsitzende erteilt Frau Kleinwort, Vorsitzende der Betreuungsschule, das Wort. Frau Kleinwort erläutert, dass derzeit 73 Kinder angemeldet sind; davon 60 Kinder an je vier Tagen der Woche. Die Umfrage bei den Eltern nach dem tatsächlichen Bedarf, bewirkte eine Reduzierung um nur 4 Kinder. Der notwendige Raumbedarf kann auch mit den derzeitigen Überlegungen der Gemeinde nicht gedeckt werden. Sie bedauert, dass die Betreuungsschule in die vorherigen Überlegungen nicht einbezogen wurde. Frau Kleinwort stellt heraus, dass auch Räume für die Erledigung von Hausaufgaben bereitgestellt werden müssen. Es gibt keinen Raum für Elterngespräche. Zudem ist der Anteil an Büroarbeit wesentlich gestiegen und kann nicht länger im häuslichen Bereich geleistet werden. Neben dem Raumbedarf wurde die lieblose Einrichtung bemängelt, die Großteils aus gebrauchten, abgenutzten Möbel der Schule besteht. Die übergeordnete politische Planung sieht flächendeckende Ganztagschulen bis 2025 vor. Eine offene Ganztagschule ist unter jetzigen und derzeit geplanten Bedingungen nicht möglich. Frau Kleinwort prognostizierte ein Anwachsen der Kinderzahl von 80 auf 120. Frau Kleinwort vermittelte, dass die Akteure der Betreuungsschule viele Ideen und Konzepte haben. Leider ist ein Berechnungsschlüssel für den Raumbedarf von Betreuung nicht bekannt oder behördlicherseits vorgegeben. Ein Rechtsanspruch besteht derzeit nicht. Frau Kleinwort appellierte an die Gemeinde, für eine zukunftsorientierte Planung unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen, vor dem Hintergrund steigender Zahlen berufstätiger Eltern.

Beschlussvorschlag:

- Der Betreuungsschule Holm e.V werden die beiden bisher gemeinsam durch Schule und Betreuung genutzten Klassenräume vollständig zur Verfügung gestellt, mit Herstellung eines Ersatzes für die Schule.
- Als Ersatz für die Schule, sollen nördlich am mittleren Gebäudeteil zwei Klassenräume und ein Differenzierungsraum angebaut werden. Zudem soll die derzeit leerstehende Wohnung im Erdgeschoss zukünftig als Lagerraum für die Schule genutzt werden. Ein direkter Zugang vom Schulflur über das umzubauende Wohnungsbad ist herzustellen.
- Folgende Aspekte sollen darüber hinaus im Rahmen der zuvor genannten Planung untersucht und bewertet werden:
 - o Modernisierung der Fenster und des Daches des Mittleren Gebäudeteils
 - o Erneuerung und ggf. Austausch der Heizungsanlage
 - o Oberlichter im Flurbereich des Anbaus
 - o Flurbreite im Bereich des Anbaus
 - o Umbau Sanitärbereich im Bereich neuer Verbindung zwischen Schule und geplanter Lagerraum / derzeitige Wohnung

- Die Verwaltung wird beauftragt ein Architektenauswahlverfahren zu starten und über den ausgewählten Objektplaner eine Entwurfsplanung zu erarbeiten. Weiterer Raumbedarf der Betreuungsschule ist zu prüfen. Die zusätzlichen notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von 15.000€ sind bereit zu stellen.
- Die Verwaltung wird beauftragt mögliche Zuwendungen zu prüfen und in Abstimmung mit dem Bürgermeister die Förderantragstellung zu veranlassen.

geändert beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 7 Neubau eines Umkleidehauses neben dem Vereinshaus

Der Vorsitzende erläutert kurz den Zustand des Gebäudes. Es gibt erhebliche Durchfeuchtungen im Innenraum mit Folgeschäden. Unter anderem gibt es Rissbildung in der Sohle, vermutlich aufgrund der Bodenbeschaffenheit. Ein Rohrbruch hat in der Vergangenheit zu einem Versicherungsschaden geführt. Eine Ringdrainage wurde für ca. 60.000€ installiert, allerdings ohne den erwünschten Effekt somit ist nach wie vor Wasser in Mitten des Hauses. Die bekannten Mängel sind nachhaltig und nicht wirtschaftlich vertretbar zu beheben. Die Idee ist es, ein separates Dusch- und Umkleidegebäude westlich neben das bestehende Sportlerhaus, im Bereich des bestehenden Sandkastens neu zu bauen. Zudem gebe es einen Mehrbedarf durch die TSV Baseballer. Herr Zeitler ergänzt, dass das Gebäude ohnehin Sanierungsbedarf hätte, allein aufgrund des Baualters. Gegebenenfalls wäre zu prüfen in wie weit, die zu ersetzenden Räumlichkeiten, als Lager genutzt werden können. Herr Voßwinkel stellt auf Nachfrage hin sicher, dass die angrenzende Spielfläche bestehen bleiben kann. Herr Hüttner stellt heraus, dass das Obergeschoss keine erkennbaren Mängel aufweist und der TSV zufrieden ist. Auch die Schießsportabteilung ist substantiell grundsätzlich in Ordnung.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt:

Als Ersatz für die bestehenden maroden Räumlichkeiten des Sportlerhauses, soll neben dem Altbau ein Dusch- und Umkleidegebäude neu gebaut werden.

Die Verwaltung wird beauftragt ein Architektenauswahlverfahren zu starten und über den ausgewählten Objektplaner eine Entwurfsplanung zu erarbeiten. Haushaltsmittel sind entsprechend bereit zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt mögliche Zuwendungen zu prüfen und in Abstimmung mit dem Bürgermeister die Förderantragstellung zu veranlassen.

sen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 8 Gemeinschaftsschule Moorrege - Bestandsanalyse mit Lösungsansätzen
Vorlage: 0713/2018/HO/BV

Der Vorsitzende erklärt kurz die Umstände zum Schulverband, u.a. dass Holm eine der 5 Mitgliedsgemeinden des Verbandes ist und ca. 70-80 Schüler entsendet. Die Gemeinschaftsschule wird derzeit von ca. 500 Schülern besucht, wovon ca. 200 Gastschüler anderer Gemeinden sind. Das Schulgebäude kann auf Dauer nicht in dem Zustand bestehen bleiben. Die brandschutztechnischen Mängel werden vom Kreis derzeit geduldet. Ein renommiertes Planungsbüro mit etlichen vergleichbaren Referenzobjekten hat eine Bestandsanalyse bzw. Machbarkeitsstudie erstellt. Am 19.02.2018 hat eine Informationsveranstaltung für alle Gemeindevertreter der Mitgliedsgemeinden stattgefunden zur Vorstellung der Studie. Herr Rißler bedauerte, dass die Teilnahme so gering war. Herr Ringel hat den Anwesenden die wesentlichen Inhalte der Studie kurz erläutert. Zu den drei genannten Alternativen der Studie ergänzte Herr Ringel, dass der grundsätzliche Standort Schule in Frage gestellt werden sollte. Allgemeine Zustimmung gab es zum Thema Fördermöglichkeiten; finanzielle Möglichkeiten sollten durch den Verbandsvorsteher und dem Amtsdirektor in Kiel geklärt werden. Daraufhin gab es eine rege Diskussion über das Vertrauen in den amtierenden Verbandsvorsitzenden. Herr Ringel sprach sich dafür aus, die Wahlen abzuwarten, da bisherige Bemühungen durch den Verbandsvorsitzenden allem Anschein nach blockiert wurden und werden. Herr Knaut wirft die Frage zum Austritt aus dem Verband auf, da der Eindruck entstehe, durch den Verbandsvorsitzenden „hinters Licht geführt“ worden zu sein. Alle Beteiligten sind übereinstimmend der Meinung, dass der grundsätzliche Bedarf zu klären ist, bevor eine Entscheidung zu treffen ist.

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss/ Der Finanzausschuss empfiehlt; Die Gemeindevertretung beschließt:

Es wird grundsätzlich ein (Teil-)Neubau befürwortet.

ODER

Es wird grundsätzlich eine Sanierung befürwortet.

zurückgestellt

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 9 Verschiedenes

zu 9.1 Wegverbindung zw. Arzt und Bushaltestelle

Die Zuwegung von der Bushaltestelle zur Arztpraxis wurde bemängelt. Der Weg vor dem Gebäude ist Privatgrundstück und der Öffentlichkeit aus haftungsrechtlichen Gründen nicht regulär zugänglich. Eine Pforte wurde mit den Bewohnern besprochen und aus genanntem Grund ausgeschlossen. Angedacht wurde stattdessen ein wassergebundener Verbindungsweg ca. 1,50m breit. Die Kosten wurden in Zusammenhang der Maßnahme „Boulebahn“ auf ca. 2500-3000€ geschätzt.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt einen Verbindungsweg zwischen der Bushaltestelle und der Arztpraxis herzustellen. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt bereit zu stellen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 9.2 Beleuchtung Zuwegung Arztpraxis

Herr Voßwinkel bemängelte die schlechte Beleuchtung der Zuwegung zur Arztpraxis, insbesondere im Bereich der Wasserstelle. Nach Kenntnis des Vorsitzenden ist ein Kabel zum Anschluss für zusätzliche Beleuchtung vorhanden.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt / Die Gemeindevertretung beschließt, die Zuwegung zur Arztpraxis soll zusätzlich beleuchtet werden. Die notwendigen Mittel dafür sind im Haushalt bereit zu stellen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 9 Nein: 0 Enthaltung: 0

zu 9.3 Bushaltestellenbeleuchtung

Auf Nachfrage von Herrn Krause zum Sachstand der Bushaltestellenbeleuchtung, erklärt der Vorsitzende, dass der Antrag gestellt ist.

zu 9.4 Werbetafeln Eckgrundstück Twiete/B431

Auf Nachfrage von Herrn Zeitler zum Sachstand der Werbetafeln und deren Aufstellung, erklärt der Vorsitzende, dass eine Anfragen beim Kreis gestellt wurde.

zu 9.5 Kletterwand Mehrgenerationenplatz

Frau Voßwinkel erkundigt sich nach haftungsrechtlichen Regelungen zur Absturzhöhe der geplanten Kletterwand. Der Vorsitzende erklärt, dass die Spielgeräte so geplant werden, dass Sie ohne Aufsichtspflicht der Gemeinde zugelassen sind; eine Abnahme erfolgt nach Aufstellung des Spielgerätes, durch den TÜV. Herr Schaper fügt hinzu, dass ihm vergleichbare Fälle bekannt sind, wonach ein Gerichtsverfahren anhängig ist und fordert auf, den Sachverhalt zu prüfen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.03.2018

gez. Walter Reißler
Vorsitzender

gez. Von Wolffersdorff
Protokollführerin